

Chemnitzer Anzeiger.

(Herausgeber und Verleger: A. L. Kretschmar.)

Mit Königl. Sächs. allergnädigster Concession.

Fortsetzung der Nachrichten über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu Chemnitz.

17. Sitzung vom 14. August 1838.

1) Das Collegium trat einem Vorschlage des Stadtraths, die Besserung und Herstellung des Wegs an den Müllerschen Häusern betreffend, bei.

2) wurde eine Mittheilung des Stadtraths, den Ankauf von Brennholzern für die hiesige Commune betreffend, vorgelesen, und erkannte man die Zweckmäßigkeit des Plans.

3) Auf ein Communicat des Stadtraths, worinnen angezeigt wird, daß die zu Herstellung eines Kirchengesangs früherhin verwilligte Summe nicht ausreiche, dem Herrn Cantor Wolf aber bei seinem ohnehin karglichen Einkommen eine Aufopferung nicht zugemuthet werden könne, daß also eine Erhöhung der bereits verwilligten Summe um 60 Thlr. erforderlich werde, beschloß man, in Betracht, daß die vorgelegten Gründe als triftig erschienen, diesen Zuschuß zu verwilligen.

4) Das Bürgerrechtsverwahrungsgesuch Schönborns wurde unter den üblichen Bedingungen genehmigt.

5) Die Rechnung über Verwaltung der Parochial- und Kriegsschuldentilgungskasse vom Jahre 1837 wurde der Rechnungsdeputation zur Durchsicht und Prüfung übergeben.

6) kam zur Mittheilung, daß die drei unter dem Rathhause befindlichen Keller für einen Zins von 16 Thlr., 21 Thlr. und 32 Thlr. vermietet worden.

18. Sitzung vom 28. August 1838.

1) Gegen die Verpachtung der Ober- und Mittelbleiche unter den früheren Bedingungen fand man nichts zu erinnern.

2) Die mitgetheilten Rechnungen über die Verwaltung des Vermögens der Kirche zu St. Jacobi auf die 3 Jahre von Walpurgis 1835 bis dahin 1838, sowie die die Krankenhauuskasse betreffend, auf die Zeit vom 1. Juny 1837 bis 1. Juny 1838 wurden der Rechnungsdeputation zur Durchsicht und Prüfung übergeben.

3) wurden Seiten der Rechnungsdeputation die

Parochialcassenrechnung und die Rechnung über die Verwaltung der Kriegsschuldentilgungskasse vom Jahre 1837 zurückgegeben und dabei bemerkt, daß in der letzteren einige Reste aufgeführt seyen, deren Beibringung man beantragen müsse. Gegen deren Justification fand man im Uebrigen nichts zu erinnern.

19. Sitzung vom 11. Septbr. 1838.

1) Das Bürgerrechtsverwahrungsgesuch des Bäckermeisters Bader wurde unter den gewöhnlichen Bedingungen genehmigt.

2) In Bezug auf die beantragte Ueberlassung des Schießhauses an die mehreren Schützengesellschaften hier trat man im Allgemeinen der von dem Stadtrathe hieüber ausgesprochenen Ansicht bei, bemerkte aber zugleich, daß man vor der Hand jede bestimmte Erklärung zurückhalten werde, bis der dießfallige Comité das Resultat der annoch erforderlichen Erörterungen gegeben haben würde.

3) wurde eine Verordnung des Kreissteuerraths zu Zwickau mitgetheilt, nach welcher die Erhöhung der Einnahmegebühren bei der Gewerbe- und Personalsteuer von 3 auf 4 pro Cent Seiten des Hohen Finanzministeriums genehmigt worden sey;

4) nicht minder eine gleiche Verordnung, nach welcher die Genehmigung versagt worden, die durch das Austragen der Gewerbe- und Personalsteuerzettel erwachsenen Kosten aus der Excurrenzklasse zu entnehmen.

5) Anlangend die Errichtung einer Sparcassenanstalt hierorts, wurde wegen der Wichtigkeit des Gegenstands beschlossen, einer Deputation diese Angelegenheit zur Prüfung und Begutachtung zu übertragen. Die Deputation wurde sofort erwählt.

6) Seiten der Rechnungsdeputation wurden die Rechnungen über das Vermögen der Kirche zu St. Jacobi auf die 3 Jahre von Walpurgis 1835 bis dahin 1838, so wie die das Krankenhaus betreffend, auf die Zeit vom 1. Juny 1837 bis dahin 1838 als geprüft zurück gegeben, und trat man in Bezug darauf den bereits Seiten des Stadtraths dagegen gezogenen Erinnerungen bei.

20. Sitzung vom 25. September 1838.

1) Das Bürgerrechtsverwahrungsgesuch des Kaufs